

# LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint täglich mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage.

Monatspreis: hier incl. Botenlohn 7½ Sgr.

Redacteur: **Held.**

Bei allen Postämtern und Buchhandlungen  
vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr 1½ Sgr. pro Peti tzeile.

## „Preußens ruhmwürdige Geschichte \*)“

(Zweiter Artikel.)

Man nennt es eine Ehre, Preusse zu sein, und Preusse zu bleiben, weil das Preußenland eine ruhmreiche Entstehungsgeschichte habe. — Laßt uns denn diese ruhmreiche Entstehungsgeschichte näher betrachten:

Der Kern des heutigen preussischen Staats ist die Mark Brandenburg. Von der Geschichte derselben vor dem Hause Hohenzollern wird man uns schwerlich etwas Ruhmwürdiges melden wollen; denn die Mark machte sich damals in Deutschland nur durch die Räubereien bekannt, welche der märkische Adel an den Kaufleuten auf den Landstraßen verübte.\*\*) — Und wie kam nun das Haus Hohenzollern in den Besitz der Mark? Das geschah auf folgende „ruhmreiche“ Weise:

\*) Ich habe meiner Feinde wegen gleich hier die Bemerkung zu machen: daß die gegenwärtige Kritik der preussischen Geschichte häufig abweicht von demjenigen Urtheile, welches ich im Jahre 1840 in meinem Werkchen „Preußens Helden“ über die Personen und die Ereignisse der preussischen Geschichte gefaßt habe. Allein dieser Umstand hat einen dreifachen Grund: Erstens ist die gegenwärtige Arbeit eine Parteischrift, geschrieben zu dem Zwecke, den unheilvollen Bestrebungen der reactionären preussenthümelnden Partei ein Gegengewicht zu geben; und Jedermann weiß, daß Parteischriften — wen sie auch die Wahrheit nicht verletzen dürfen — doch das Recht haben, die Thatfachen in das allergreilste kritische Licht zu stellen. — Zweitens ist mein historisches Urtheil im Jahre 1848 naturgemäß weit gereifter, also auch weit schärfer, als es im Jahre 1840 sein konnte. — Und drittens schrieb ich im Jahre 1840 unter der mörderischen Scheere der niederträchtigen Censur, die mir nimmermehr erlaubt hätte, über eine Person oder ein Ereigniß der preussischen Geschichte ein freies, scharfes Urtheil zu fällen. — Es ist eine der größten Segnungen der Pressfreiheit, daß sie eine freie Kritik der Geschichte im Gefolge hat.

\*\*) Von der Großartigkeit dieser Räubereien giebt die Titanei Zeugniß, welche die Kaufleute vor ihren Reisen durch die Mark beteten, und welche also lautete:

„Vor Köckeriß und Lüderiß,  
„Vor Uchtrig, Krafft und Zhenplig  
„Und anderer Gefahr und Noth.  
„Behüt uns lieber Herre Gott!“

Die Mark Brandenburg gehörte dem Kaiser Sigismund, einem gekrönten Bonvivant, der stets in Geldverlegenheit war, und sich dadurch zu helfen suchte, daß er die ihm zugehörigen Länder und Leute verpfändete, wie ein liederlicher Student seine Röcke verpfändet. Nachdem er auf diese Weise die brandenburgischen Marken mehrmals verpfändet und wieder eingelöst, und die Neumark sogar an den deutschen Orden in Preußen förmlich verauctionirt hatte: fand er endlich in dem Burggrafen von Nürnberg, Friedrich dem Hohenzoller, einen Mann, der das Verdienst hatte, reich zu sein, und der ihm im Jahre 1411 auf die vier übrigen Marken, Kurmark genannt, die Summe von 100000 Gulden borgte. Als aber der Kaiser Sigismund in eine neue Geldverlegenheit gerieth, wollte sich Friedrich der Hohenzoller nur unter der Bedingung zu fernern Zahlungen verstehen, wenn ihm die Kurmark erb- und eigenthümlich abgetreten werde. Der Handel kam zu Stande; Friedrich der Hohenzoller zahlte dem Kaiser noch 250,000 Gulden und so gerieth die Mark Brandenburg im Jahre 1415 in den Besitz des Hauses Hohenzollern, woraus zugleich zu ersehen, daß das Volk dem historischen Rechte nach nur auf eine absolute Monarchie Anspruch machen kann, da es von dem Hause Hohenzollern erb- und eigenthümlich gegen gleich baare Zahlung erkaufte worden ist.

Der Sohn und Nachfolger dieses ersten Hohenzollern in Brandenburg, Friedrich der Eisene, setzte das Geschäft seines Vaters fort; denn er nahm zuerst vom deutschen Orden in Preußen die Neumark in Pfand und kaufte sie ihm alsdann (1455) für 100 000 Gulden völlig ab. — Das Stammland der preussischen Monarchie, die Mark Brandenburg, kam also an das Haus Hohenzollern durch einen schmählischen Handelsvertrag, der Land und Leute zu einer Waare herabwürdigte, die man eben so kaufte, wie heut zu Tage die Negerelaven gehandelt werden.

Auf eine noch eigenthümlichere Weise kam das Herzogthum Preußen, der Theil der Monarchie, von welchem sie den so hoch gepriesenen Namen führt, an das Haus Hohenzollern. Es ist nämlich hier die Rede von dem Lande, welches heut etwa

die Provinz Ostpreußen ausmacht. Dies Land war ein geistliches Stift, ein Hochmeistertum im Besitze des deutschen Ordens und also Eigenthum der katholischen Kirche. Als in Deutschland die Reformation begann, war Hochmeister des Ordens ein gewisser Markgraf Albrecht von Brandenburg aus dem Hause Hohenzollern. Dieser beschloß, wie viele andere Fürsten in Deutschland, die Reformation für seine herrschaftlichen Zwecke zu benutzen. Während die katholische Kirche mit ihren Kämpfen gegen die protestantische Partei voll- auf beschäftigt war, nahm ihr Albrecht von Brandenburg (im Jahre 1525) das Hochmeistertum Preußen dadurch weg, daß er sich unter dem Schutze und der Lehns-hoheit Polens zum weltlichen Fürsten des Landes machte, in welcher Eigenschaft es alsdann später durch Erbschaft an das Haus Brandenburg kam. Und so verdankt denn das Haus Hohenzollern den Besitz Preußens einem — Kirchenraube, und der Name Preußen seine weltgeschichtliche Existenz den Polen! —

Das treue Land Pommern, oder vielmehr den Rechtsanspruch darauf, erlangten die Hohenzollern in Folge eines Erbvertrages mit den pommerschen Herzögen, also auf demselben „ruhmwürdigen“ Wege, auf welchem ein Burgbesitzer von seinem kinderlosen Nachbar, mit dem er einen Vergleich über die Hinterlassenschaft geschlossen hat, eine Heerde Ochsen erlangen wird.

Auf demselben „ruhmwürdigen“ Wege kam das Haus Hohenzollern in den Besitz des Herzogthums Jülich-Cleve-Berg, zu dessen Erwerbung aber noch erst nöthig wurde eine fürstliche Ohrfeige, ein fürstlicher Religionswechsel und ein fürstlicher Krieg, den indeß nicht die Fürsten, sondern die Unterthanen auszufechten hatten.

Zur Würde von preussischen Königen gelangten die Hohenzollern, damals nur erst im Besitze eines sehr kleinen Ländchens, durch die Eitelkeit des Kurfürsten Friedrich III., eines beschränkten und eiteln, nur für Glanz und Pracht empfänglichen Mannes, der sich das wonnige Gefühl, eine Königskrone im Wapen führen zu dürfen, vom österreichisch-deutschen Kaiser mit 10000 Mann getreuen Unterthanen erkaufte, die er dem Kaiser zum Todschützen im spanischen Erbfolgekrieg überließ! —

Zum Besitze Schlesiens gelangte das Haus Hohenzollern auf Grund eines zweifelhaften Erbfolgerechts durch einen Act roher Gewalt, nämlich durch die schlesischen Eroberungskriege, in denen man als Mann des Rechts und der Moral zwar die Kunstfertigkeit des Mittels, nämlich Friedrichs des Großen Feldherrngenie anerkennen, den Zweck selbst aber als einen Raub von Land und Leuten bezeichnen muß!

Einem ähnlichen, aber noch weit gemeinern Raube von Land und Leuten verdankt das Haus Hohenzollern den Besitz der Provinzen Westpreußen und Polen. Es erhielt sie durch die berühmten drei Theilungen Polens.

Betrachten wir nun noch die Erwerbung der

Provinz Sachsen, wenigstens eines großen Theils derselben: so stoßen wir abermals auf eine Maßregel eigenmächtiger und brutaler Gewalt. Sie wurde von den Fürsten, welche an Napoleon wortbrüchig, treulos und verrätherisch gehandelt hatten, weggenommen dem Könige von Sachsen, weil dieser der einzige deutsche Fürst gewesen war, der dem Kaiser Napoleon das gegebene Wort treu gehalten hatte! —

Dies ist die Entstehungsgeschichte des preussischen Staats; und jeder Mensch von fünf gesunden Sinnen wird nun beurtheilen können: in wie fern diese Entstehungsgeschichte eine „ruhmwürdige“ ist; in wie weit die Bewohner der einzelnen Theile des auf solchem Wege zusammengetragenen preussischen Staats Ursache haben, darauf stolz zu sein, daß sie den Namen „Preußen“ führen; und in wie fern sie es nicht leiden dürfen, daß zur Erzielung eines deutschen Reiches Preußen in Deutschland aufgehen soll. —

Aber zu denselben Resultaten werden wir auch gelangen, wenn wir in den folgenden Artikeln die beiden andern Momente des altpreussischen Preußenthums kritisiren, nämlich, die „ruhmwürdige“ Regenten- und Kriegsgeschichte, und die „ruhmwürdige“ Geschichte der Intelligenz. —

### Republik Frankreich.

— Paris. Es ist merkwürdig, mit welcher inneren Wonne die conservative und reactionäre Presse Deutschlands jetzt über Frankreich berichtet. — Geldmännchen, Beamte, Pfaffen, Aristokraten, Soldaten und verwickelte Erverhältnisse sind allerdings mächtig genug, selbst die schönste Republik zur Satyre zu machen. — Wenn Frankreich nicht binnen Kurzem einen großen Krieg hat, so hat es eine großartige Revolution, gegen welche die des vorigen Jahrhunderts ein Kinderpiel sein wird.

### (Mittheilungen)

— (Adresse an den Herrn Kriegs-Minister Freiherrn Roth v. Schreckenstein.) Ew. Excellenz erlauben gütigst, daß wir unterzeichneten Märker Ihnen unsere dankbare Gesinnung öffentlich und ehrfurchtsvoll aussprechen.

Wir bescheiden uns gern, daß viele von uns manche staatsrechtliche Fragen, welche jetzt gelöst werden sollen, nicht verstehen. Ja es wird uns oft angst und bange, wenn wir den Schwall zweideutiger Worte, wie sie jetzt von Leuten der verschiedensten Gesinnung ausgesprochen werden, hören oder lesen, und uns befällt oft Ekel und Widerwille bei diesem Mißbrauch unsrer edlen deutschen Muttersprache, besonders, wenn wir zugleich sehen müssen, daß die Wahrheit in der bloßen Frechheit des Ausdrucks gesucht wird. Einiges aber ist uns völlig deutlich und verständlich, nämlich, daß wir Preussische Landesländer sind, daß uns an unserm angekauften Königsbaue ein unversteigbarer Duell ruhmvoller Kriegesfürsten und sorgsamter Landesväter, so wie an ihren Gemahlinnen eine

Reihe zärtlicher Landesmütter von Gott gegeben worden, daß wir die rechtmäßigen und glücklichen Erben einer langen und mit hellstrahlenden Thaten des Geistes und des Schwerdtes reich erfüllten Geschichte sind, daß wir noch jetzt ein kriegerisches Volk sind und eine siegreiche Armee aufweisen können in Linie und Landwehr, ja, daß wir ein Preußenheer haben an Commandeuren und Commandirten von reiner Ehre und unbefleckter Treue.

So viel wissen wir ganz gewiß, und diese Ueberzeugung und dieser Besitz ist unser Trost und unsere Freude in dieser schweren Zeit.

Ew. Excellenz erlauben uns ein gerades Wort: Wir sind Märker und sehen mehr auf die Personen, als auf allgemeine Gedanken und gelehrte Ausdrücke. Wir sehen das Heil unsers Volkes nicht etwa bloß in der Achtung vor dem Gesetze, sondern vielmehr in der Ehrfurcht und in dem Gehorsam gegen die Obrigkeit. Nicht alles Allen, sondern Jedem das Seinige an Hab' und Gut, an Rechten und Ehren.

In Ew. Excellenz haben wir seit Ihrem Amtsantritt geglaubt, den persönlichen Ausdruck dieser unsrer märkischen Gesinnung zu finden und sind durch das, was Sie gethan und gesprochen haben, höchlich erfreut und mächtig gestärkt worden.

Dem wenn zu irgend einer Zeit, so hat jetzt der Staat Männer nöthig, welche mit entschlossenem Ernste und unerschütterlichem Muthe dem frechen Gelüste herrschsüchtiger Volksverführer entgegentreten und mit Gott für König und Vaterland freudig ihr Leben in die Schanze schlagen. Darum wagen wir es:

Ihnen hiermit unsere Dankbarkeit ehretributigst auszusprechen mit dem herzlichsten Wunsche, daß der Herr der Heerschaaren Ihnen ferner Kraft und Weisheit verleihen möge, zum Segen des ganzen Landes auf Ihrem Wege unverrückt weiter zu gehen, bis zu einem ehren- und gnadenreichen Tode.

Wir können dies, Gott sei Dank, in der festen Ueberzeugung aussprechen, daß viele Tausende, denen diese Adresse zur Unterzeichnung nicht vorgelegen hat, uns von Grund ihres Herzens beistimmen, verwahren uns aber dabei ausdrücklich vor der möglichen Deutung, als wenn durch diese Zuschrift an Ew. Excellenz allein irgend welche Mißstimmung gegen das hohe Ministerium dargelegt werden sollte.

Frankfurt a. d. O., den 19. Juli 1848.

Vorstehende Adresse circulirt in acht gleichlautenden Abschriften in unsrer Stadt und Umgegend, um möglich bald eine möglichst große Anzahl Unterschriften zu sammeln, und liegt zu demselben Zwecke aus bei Herrn Buchhändler Hammerschmidt in der Oderstraße, bei Herrn Kaufmann v. Bichowsky am Markt und bei Herrn Schaff im deutschen Hause. Alle diejenigen, welche die darin ausgedrückten Ansichten und Gesinnungen theilen und namentlich sich als Patrioten verpflichtet fühlen, ihre Zustimmung zu einem kräftigen Einschreiten gegen die Unruhmisler in Berlin öffentlich auszusprechen, werden höflich und dringendst ersucht, ihre Namen baldigst zu unterzeichnen und andere Vaterlandsfreunde zur Unterzeichnung zu veranlassen. Es ist endlich Zeit, daß die täglichen Wählerereien und Beunruhigungen aufhören.

— (Soziale Angelegenheit.) Von Seiten des Vereins für Radical-Reform der Erwerbsverhältnisse ist folgende Eingabe an das Staatsministerium abgegangen: „Hohes Staatsministerium! Der vor kurzem ins Leben getretene Verein für Radical-Reform der Erwerbsverhältnisse, dessen Mitgliederzahl sich zwar erst auf 428 beläuft, der sich aber aus seiner Tendenz heraus eine weit größere moralische Macht vindicirt, hat sich zwar das Ziel

gesteckt, eine radicale Umbildung unserer durchaus krankhaften socialen Zustände zu erwirken, kann sich aber dabei auch nicht enthalten, den augenblicklichen Nothstand der Stadt Berlin, welche unter jener Krankheit am meisten leidet, ins Auge zu fassen, und geeigneten Orts Vorschläge zu dessen Abhülfe zu thun.

Es möchte mehr als überflüssig, es möchte lächerlich erscheinen, einem Hohen Staatsministerium die Existenz einer Noth unter den ärmern Klassen nachzuweisen, denn wo das Elend in einer so nackten Gestalt umhergeht, wie in Berlin, muß es eine Beleidigung für die Behörden sein, wenn man sich bemüht, sie von dem Vorhandensein eines solchen Zustandes zu überzeugen. Wir dürfen und müssen voraussetzen, daß der Nothstand der Hauptstadt dem Hohen Staatsministerium eben so bekannt ist wie uns. Allein da bis jetzt noch nichts für die Abhilfe desselben gethan wurde: so dürfen wir auch voraussetzen, daß der Behörde die Mittel dazu unbekannt geblieben sind.

Einem Hohen Staatsministerium einige solcher Mittel anzugeben, ist der Zweck dieser Vorstellung, von der wir überzeugt sind, daß sie seitens der Hohen Behörde ein Gegenstand der Prüfung und Berücksichtigung werden wird.

Da eine Hauptursache des Nothstandes der Mangel an Arbeit ist: so geht unser Vorschlag zunächst dahin, daß ein Hohes Staatsministerium den Magistrat der Hauptstadt beauftragen wolle, umfassende Bauten vorzunehmen. Außer der bereits in Angriff genommenen Chaussee nach dem Gesundbrunnen schlagen wir zu diesem Ende vor:

- 1) den Bau eines Sitzungshauses für die Volksvertretung, indem wir dazu bemerken: wie es angemessen erscheinen dürfte, den bereits in Angriff genommenen Bau der ganz überflüssigen Petrikirche in das vorgeschlagene Bauwerk zu verwandeln;
- 2) den Bau eines großen Hauses für die Versammlungen der Vereine, Clubs u. dgl., wozu sich der Dönhofsplatz vorzüglich eignen würde;
- 3) den Neubau vieler der ärmern Klasse angehörigen alten und verfallenen Wohnhäuser.

Was die Mittel zu diesen Bauten betrifft: so ist zu bemerken, daß das vorgeschlagene Sitzungshaus für die Volksvertretung kein rentirendes Unternehmen ist und also rein auf Staatskosten erbaut werden müßte, wie dies auch ganz in der Idee eines solchen Baues liegt. Dabin- gegen sind die in Nr. 2 und 3 vorgeschlagenen Bauten rentable Unternehmungen, deren Ertrag in einer Anzahl von Jahren das Anlagecapital decken wird. Deshalb schlagen wir zur Beschaffung dieses Anlagecapitals vor: daß der Magistrat autorisirt werde, unter der Garantie der Stadt im Betrage desselben Anlagecapitals städtische unverzinsliche Kassenanweisungen zu creiren, welche von dem Ertrage jener Bauten zu amortisiren sind.

Da eine weitere Ursache des herrschenden Nothstandes die durch die Mahl-, Schlacht- und Marktsteuer hervor gerufene Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse ist: so geht unser Vorschlag dahin: die Mahl-, Schlacht- und Marktsteuer für Berlin aufzuheben, und den dadurch entstehenden Ausfall im Budget zu ersetzen:

- 1) durch Gehalts- und Pensionsabzüge der städtischen Beamten;
- 2) durch eine Einkommensteuer;
- 3) durch eine Zwangs-Vermögenssteuer derjenigen Besitzenden, welche Berlin seit dem 20. März c. verlassen haben, bis zum Betrage von 10 Procent ihres Vermögens.

Da eine weitere Ursache des herrschenden Nothstandes in dem gestörten Credit und demzufolge in einer

Störung der Geld-Circulation liegt: so ist unser fernerer Vorschlag dahin gerichtet:

für die Stadt Berlin sofort ein Wechselgesetz zu erlassen mit folgenden Bestimmungen:

- 1) Jeder Urwähler ist wechselfähig;
- 2) Der Staat verfolgt gerichtlich nur nach Wechselrecht contrahirte Schulden;
- 3) Jeder Wechsel muß mit dem städtischen Stempel versehen sein.
- 4) Die Stempelgebühren betragen zwei Pfennige für jeden Thaler.
- 5) Gedruckte, mit dem Stempel versehene Wechsel-Formulare sind wie das Stempelpapier vorrätzig und zu beziehen.
- 6) Jede gekaufte Waare muß sofort entweder baar oder in Wechseln bezahlt werden, widrigenfalls der Staat für die gerichtliche Verfolgung der Schuld nicht Sorge trägt.
- 7) Wird der Wechsel am Verfalltage nicht honorirt: so wird der Aussteller nach kurzem gerichtlichen Verfahren noch an demselben Tage ins Arbeitshaus abgeliefert, wo er so lange verbleibt, bis der Betrag des Wechsels nebst Zinsen bezahlt wird oder durch die Arbeit abverdient ist.

Da endlich eine Mitursache der herrschenden Noth in einer mangelhaften Einrichtung der Leibämter liegt, so gebt unser Vorschlag auf eine schleunige Reform derselben nach folgenden Grundsätzen:

- 1) Die Zinsen werden auf  $6\frac{2}{3}$  Procent herabgesetzt, so daß der Thaler pro Monat 2 Pfennige, also pro  $\frac{1}{2}$  Monat 1 Pfennig Zinsen zu zahlen hat.
- 2) Die Zinsen werden nicht für Kalender-Monate, sondern nur für den Versahmonat gerechnet.
- 3) Die Zinsen werden nicht mehr für den ganzen, sondern nur für den halben angefangenen Monat entrichtet.
- 4) Die Tage soll denjenigen Werth angeben, welchen das Pfandstück beim Auktionsverkauf vorausichtlich erhalten muß.
- 5) Auf die Pfandstücke sollen geliebt werden:
  - a) bei Edelsteinen und Metallen  $\frac{1}{4}$  des obigen Taxwerthes;
  - b) bei nothwendigen Effekten  $\frac{2}{3}$  des obigen Taxwerthes;
  - c) bei Luxus- und Modeartikeln  $\frac{1}{2}$  des obigen Taxwerthes;
- 6) Es soll ein jeder Leihverleiher das Recht haben, die geliebene Summe in drei Terminen abzutragen.
- 7) Es sollen auch Betten in Pfand genommen werden.
- 8) Die Leibämter sollen zu jeder Tageszeit geöffnet sein.
- 9) Die Privatleihämter und die königlichen Leihämter sollen in jeder Hinsicht gleichgestellt werden.
- 10) Das königl. Leihamt soll auch an Sonn- und Feiertagen Vormittags, wenigstens behufs Einlösung der Pfänder, geöffnet sein.
- 11) Es soll in Zukunft der sogenannte Auktionsgroshen (pro Thaler 1 Sgr.) hinwegfallen, nämlich diejenige Abgabe, welche von bereits zur Auction gestellten Pfändern erhoben wird, wenn sie am Auctionstage eingelöst oder prolongirt wurden.

Dies sind die Vorschläge, welche der unterzeichnete Verein dem Hohen Staatsministerium zur geneigten Prü-

fung und Berücksichtigung zu unterstellen sich die Freiheit nimmt.

Berlin den 1. August 1848.

Der Verein für Radical-Reform der Erwerbsverhältnisse.

— (Aus der Provinz.) Danzig den 29. Juli 1848.

Der Spruch der Juden:

- „Gehen ist besser, als laufen,
- „Stehen besser, als gehen,
- „Sitzen besser, als stehen,
- „Liegen besser, als sitzen,
- „Schlafen besser, als liegen,
- „Ewige Ruh' ist das Beste;“

war bisher das charakteristische Motto der durch drei und dreißigjährigen Despotismus beinahe in aller Geistes-thätigkeit unterdrückten Deutschen und würde es auch noch heute sein, wenn das momentane Erwachen des Mi-chels nicht einerseits eine Scheinbätigkeit in dem Streben des Liberalismus von 1830, andererseits ein aufrichtiges wean auch oft jesuitisches Streben in der Reaction er-zeugt hätte!

Das hatte ich schon in Berlin gesehen, aber ganz deutlich habe ich es jetzt, in die Provinz gekommen, er-kannt. Ich werde Ihnen später mehr hierüber schreiben: für heute sende ich Ihnen nur anbeifolgenden Adress-Ent-wurf an den König in Potsdam, der schon mehrere Un-terschriften haben soll!\*) Das geht doch noch über Ihren herrlichen und für die Reaction so segensreichen Denun-cianten-Verein!

Die Stadtverordneten und der hochweise Magistrat geben hier natürlich ihren Berliner Collegen nichts nach: in einer der ersten Stadtverordnetenversammlungen nach den Märztagen, erwiederte Herr Torgan einem beschei-denen Antrage, Gesetze, wie Ansichten nach den Errungen-schaften zu ändern, sehr barsch: „Nichts wird geändert. Alles ist und bleibt beim Alten!“ worauf die anderen Stadtverordneten nickten und weiter schliefen. —

Nächstens schreibe ich Ihnen mehr; für zwei Tage, die ich hier mich aufhalte, ist dies genug des Berichtes!

R. K.

\*) Diese Adresse, bereits abgedruckt in Nr. 100 der Locomotive, ist mir von nicht weniger, als fünf verschie-denen Seiten zugegangen. D. Red.

### Verloren!

Bei dem gestern Abend unserem Held gebrachten Ständchen ist mir in Folge des großen Gedränges eine kleine, braune Brieftasche aus der äußern Seitentasche entfallen. Obgleich sich darin durchaus kein Geld befand, so enthielt sie doch außer einer Bonner Legitimations-karte mehre für mich sehr wichtige Zeugnisse, so daß mir an der Wiedererlangung der Brieftasche viel gelegen ist. Der Finder wird daher gebeten, sie bei Geld selbst ab-zugeben, auch wenn ich ihm keine Belohnung zusichern kann.

Berlin, den 3. August 1848.

Felix Cohnfeld  
Studirender.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlags-handlung unfrankirt zuzusenden.